

Gemischte Bilanz nach fünf Jahren

Boris Wilke von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) über seine Einschätzung des „Krieges gegen den Terror“

Thomas Bärthlein

Seit dem Afghanistan-Krieg in den Achtzigerjahren ist in Pakistan ein breites Spektrum militanter islamistischer Gruppierungen entstanden. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die USA und durch den pakistanischen Geheimdienst bekämpften sie zunächst die sowjetischen Invasoren im Nachbarland. Anschließend, in den Neunzigerjahren, wurde das von Indien kontrollierte Kaschmir-Tal zu ihrem Operationsgebiet, wiederum mit Unterstützung der pakistanischen Regierung. Nach dem 11. September 2001 schloss sich Pakistans Präsident Musharraf dann dem „Krieg gegen den Terror“ an. Im Ausland wurde allerdings immer wieder bezweifelt, dass Pakistan es damit ernst meine.

Pakistan erscheint nach den Verhaftungen mutmaßlicher Flugzeug-Attentäter in Großbritannien international erneut im Zwielficht. Offenbar kam der entscheidende Hinweis von den pakistanischen Sicherheitskräften, aber genauso wurde registriert, dass die meisten Terroristen pakistanischer Herkunft waren und es auch Verbindungen nach Pakistan gab.

Innenminister Aftab Khan Sherpao bekräftigte daher noch einmal die Linie seiner Regierung: „Was wir tun, entspricht einer Grundsatzentscheidung, die Präsident Pervez Musharraf nach dem 11. September getroffen hat. Und all die Aktivitäten, die wir hier unternommen haben, geschehen nur mit dem Ziel, dass wir unseren Boden nicht vom Terrorismus missbrauchen lassen. Unsere Entscheidung ist aus Überzeugung, nicht aus Zwang erfolgt.“

Doch wie konsequent wird diese Grundsatzentscheidung in der Praxis umgesetzt? Für den Politik-Wissenschaftler Boris Wilke, langjähriger Pakistan-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, gibt es keine einfache Antwort. Im islamistischen politischen Spektrum Pakistans sind die gewaltbereiten Gruppen nur ein kleiner Teil. Und auch unter den Militanten gibt es verschiedene Fraktionen, sagt Wilke: „Es gibt einen kleinen Teil dieser militanten Gruppen, der Präsident Musharraf und dem Militär den Krieg erklärt hat – das ist das, was man immer wieder als ‚Al-Qaida Pakistan‘ bezeichnet.

Und aus diesen Kreisen scheinen auch einige der Attentäter zu kommen, die im Jahr 2002 die Attentate gegen westliche Ausländer in Pakistan verübt haben, und möglicherweise auch Verbindungen zu den Attentätern nach London haben.“

Die pakistanische Regierung könne durchaus Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus für sich in Anspruch nehmen, meint Wilke: „Es ist wohl unbestritten, dass der pakistanische Geheimdienst und das Militär recht konsequent gegen bestimmte militante islamistische Gruppierungen vorgehen. Sei es in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan, wo es seit Jahren große Militäroperationen gibt, sei es im Rahmen der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Terrorismus-Bekämpfung.“

Aber das betrifft eben nur einen Teil der gewaltbereiten Szene, schränkt Wilke ein: „Der größere Teil dieser militanten Gruppierungen wird nicht konsequent verfolgt, weil man sie für weitere außenpolitische Bestrebungen möglicherweise noch benötigt, und sei es als Drohpotential – in einer Region, in der Pakistan eingeklemmt ist sozusagen zwischen einem aufstrebenden Indien und einem Afghanistan, was sich auch unter der Regierung Karzai nicht Pakistan-freundlich zeigt.“

Daneben gibt es aber auch einen innenpolitischen Faktor. Der Militär-Regierung tut sich schwer, aktiv gegen die ideologischen Grundlagen der mi-

litanten Islamisten vorzugehen – also zum Beispiel radikale Madrassas (Koranschulen) zu schließen –, weil sie sie aus taktischen Gründen als potentiellen Partner nicht verlieren will.

Denn das militärische Establishment, das in Pakistan regiert, sieht die traditionellen „bürgerlichen“ Oppositionsparteien, insbesondere Benazir Bhuttos Pakistan People's Party PPP, als die weitaus größere Bedrohung für seine Vormachtstellung an. Und um die Opposition gegeneinander auszuspielen und an der Macht zu bleiben, gehen die Militärs immer wieder mehr oder weniger offen auch Bündnisse mit den Islamisten ein: „Diese Allianz zwischen ‚Militär und Mullah‘, wie man sie nennt, das ist eine Zweck-Ehe“, merkt Wilke an. „Diese Zusammenarbeit ist nicht naturgegeben, denn die Milieus des Militärs und der Religiösen sind denkbar verschieden. Vielleicht ist es gerade das, was diese ‚Ehe‘ hervorgebracht hat, dass sie sich recht wenig überschneiden, dass jeder sozusagen seine Privilegien unterhält und dass eine bürgerliche Öffentlichkeit, die die Voraussetzung ist für eine effektive Kontrolle des Parlaments, nicht entsteht. Daran haben diese beiden Kräfte ein Interesse.“

Internet-Infotipp

Boris Wilke: „Die religiösen Kräfte in Pakistan. Dynamik von Politik und Religion in der Weltgesellschaft.“ Berlin, April 2006. 31 Seiten als pdf-Download: www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1662